



Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
Herr Leesemann  
Frau May  
Herr Helmke  
Herr Flachmann

Dezernat 5  
Stab Dezernat 5  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
(Schriftführer)

Gäste

Frau Prof. Dr. Plößer  
Frau Brzezinski

## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Fuhrmann und Herrn Dr. Schmitz als neue Mitglieder, und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Frau Fuhrmann als neues Mitglied in ihr Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Verpflichtete bekundet ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet, dass die Verwaltung beabsichtige, ab der nächsten JHA-Sitzung Tonaufzeichnungen zu Protokollzwecken von den Sitzungen zu fertigen.

Von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses werden keine Einwände erhoben.

Herr Dr. Schmitz nimmt Bezug auf die seine Anfrage zu TOP 3.4. Diese sei nicht als formelle Anfrage im Sinne der Geschäftsordnung zu verstehen, sondern lediglich als Fragen zu TOP 10.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, die Fragen und deren Beantwortung im Zusammenhang mit TOP 10 zu beraten.

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 34. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.11.2017**

Herr Langeworth weist darauf hin, dass zu TOP 6.3 (Drs.-Nr. 5622/2014-2020) und zu TOP 6.4 (Drs.-Nr. 5623/2014-2020) das Abstimmungsergebnis nicht korrekt wiedergegeben wurde. Die CDU-Fraktion habe sich der Stimmen nicht enthalten, sondern die Beschlussvorschläge zu beiden o.a. Vorlagen abgelehnt.

Daraufhin fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.11.2017 wird unter Berücksichtigung der zuvor genannten Änderung nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1**      **Darstellung der Produktgruppe Förderung von Kindern/Prävention**

Frau Brinkmann bedankt sich für die ausführliche Darstellung der Produktgruppe. Die CDU-Fraktion werde womöglich mit Fragen auf die Angelegenheit zurückkommen.

-.-.-

**Zu Punkt 2.2**      **Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.12.2017**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

-.-.-

**Zu Punkt 2.3**      **Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld -Tischvorlage-**

Herr Hanke verweist auf die gestarteten Interessenbekundungsverfahren in Baumheide, Stieghorst und Quelle.

Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass sowohl die BGW wie auch der Käufer der anderen beiden Grundstücke mit der Durchführung der jeweiligen Interessenbekundungsverfahren einverstanden seien.

-.-.-

**Zu Punkt 2.4**      **Schöffenwahl 2019 bis 2023**

Herr Epp teilt mit, dass in diesem Jahr die Bewerberlisten für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen aufzustellen und vom Rat bzw. vom Jugendhilfeausschuss zu beschließen sind. Um in dem vorgegebenen Zeitplan die Bezirksvertretungen fristgerecht beteiligen zu können, schlägt Herr Epp vor, die JHA-Sitzung vom 13.06.2018 auf den 04.07.2018 zu verschieben.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**      **Pflegebedürftige Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen (Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.01.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6007/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Beantwortung der Anfrage.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**      **Integrationsplätze für geflüchtete Kinder in Bielefelder Kitas (Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.01.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6008/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Beantwortung der Anfrage.

-.-.-

**Zu Punkt 3.3**      **Freigabe von gesperrten Galeriebereichen in den betroffenen Kitas (Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.01.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6070/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Beantwortung der Anfrage.

Frau Brinkmann bittet um eine Aufstellung und um Zusendung per Email, wann welche Kita von den Instandsetzungsarbeiten betroffen sein wird.

-.-.-

**Zu Punkt 3.4**      **Einsatz überplanmäßigen Personals zur Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes (Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 23.01.2018 zu TOP 10) -Tischvorlage-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6112/2014-2020

Die Anfrage wird im Zusammenhang mit TOP 10 der heutigen Sitzung erörtert.

-.-.-

### **Zu Punkt 3.5 Vergabe von Kita-Plätzen**

Frau Brinkmann berichtet bezüglich LITTLE BIRD, sie sei hinsichtlich der Kitaplatz-Vergaben angesprochen worden mit der Fragestellung, weshalb einige Eltern bereits vor Weihnachten eine Zusage erhalten hätten, während andere noch immer auf eine Benachrichtigung warten würden. Sie fragt, bis wann die Benachrichtigungen abschließend versandt werden sollen.

Herr Hanke teilt mit, dass es keine Terminvorgaben für die Rückmeldungen an die Eltern gebe. Dies bleibe den Trägern überlassen. Er gehe davon aus, dass dies bis Ende Februar/Anfang März geschehe.

Er nimmt die Beschreibung dieses Sachverhaltes zum Anlass, dies in der nächsten AG nach § 78 SGB VIII anzusprechen.

Frau Brinkmann berichtet weiterhin, nach einer Kitaplatz-Absage sei von der Wunsch-Kita den Eltern vermittelt worden, sie hätten sich besser direkt an die Kita wenden sollen. Nun könnten sie nicht mehr berücksichtigt werden.

Herr Hanke führt hierzu aus, dass die Angelegenheit ohne Details zum konkreten Sachverhalt nicht aufgeklärt werden könne.

-.-.-

### **Zu Punkt 4 Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

### **Zu Punkt 5 Zwischenbericht zur Inklusionsplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5563/2014-2020

Frau Stillger kritisiert, dass es in dem Zwischenbericht keinerlei gegen-der-date Daten und Maßnahmen gebe. Die Daten hätten von vornherein geschlechtsspezifisch erhoben werden müssen. Sie verweist auf die diesbezüglich gefassten Ratsbeschlüsse und auf die Förderrichtlinien.

Auf ihre Frage, ob es hierzu Nachbesserungen gebe, teilt Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass die Verwaltung prüfe, ob und inwieweit die Daten nachgebessert werden können. Hinsichtlich der Maßnahmen seien diese bei deren Umsetzung näher zu betrachten.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet darum, die Angelegenheit in die Lenkungsgruppe einzubringen.

Sie bittet die Fachverwaltung die Umsetzung und Machbarkeit der Maßnahmen gemeinsam mit den Trägern zu erörtern.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Zwischenbericht zur kommunalen Inklusionsplanung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmenvorschläge zu konkretisieren und weiterzuverfolgen. Über ggf. erforderliche Finanzmittel und zusätzliche Personalressourcen ist im Rahmen künftiger Haushaltsberatungen zu entscheiden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Inklusionsplanung fortzusetzen und auf weitere Handlungsfelder auszuweiten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Bericht zur Umsetzung der Alltagsintegrierten Sprachbildung – Verwendung der Landesmittel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5972/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Sicherstellung einer zusätzlichen Sprachförderung geflüchteter Kinder in Kindertageseinrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5973/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**9. Bericht zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5879/2014-2020

Frau Prof. Dr. Plößler und Frau Brzezinski stellen unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation den 9. Bericht zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit vor.

Frau Obasohan bittet den Bericht auch im Integrationsrat vorzustellen.

Frau Stillger resümiert, dass sich im Vergleich zu einem früheren Bericht zum Thema Übergang Schule - Beruf die Situation nicht wesentlich verbessert habe. Insofern hält sie eine andere Herangehensweise hinsichtlich der Konzepte, die eine Berufsorientierung zum Inhalt haben, für erforderlich. Es sei wichtig, dass die Erkenntnisse des Fachbeirates für Mädchenarbeit in die unterschiedlichen Handlungsfelder getragen werden.

Frau Häckel begrüßt die Klarstellung in dem Bericht, dass das Bild, Mädchen und junge Frauen seien die „Gewinnerinnen“ im Übergang von Schule in den Beruf, so nicht stimme.

Für Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt sich die Frage, ob hinsichtlich des Auftrags an die REGE auch die Schülerinnen an den Gymnasien einbezogen sind. Falls nicht, sollte die REGE auch hierzu beauftragt werden.

Frau Hopster regt an, die Schulsozialarbeit begrifflich in den Beschlussvorschlag zu 1. mit aufzunehmen. Sie schlägt folgende Umformulierung vor: „...den Schulen und den Trägern von Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit zu besprechen.“

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderung fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

#### **abweichenden Beschluss:**

1. Die REGE wird gebeten, als Trägerin der Jugendberufshilfe die Ergebnisse des Berichts inklusive der Handlungsempfehlungen in ihren Gremien zu beraten und mit der Jugendhilfe, dem Schuldezernat und den Schulen und den **Trägern von Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit** zu besprechen.
2. Die Verwaltung ermöglicht den Fachkräften eine entsprechende Fortbildungstagung zu geschlechter- und diversitätsreflexivem Handlungswissen sowie zu geschlechter- und diversitätssensiblen Handlungskonzepten.
3. Die REGE wird gebeten, in ihren Netzwerken mit Arbeitsagentur, Industrie- und Handwerkskammer etc. für die Problematik der eingeschränkten Berufswahl für Mädchen und junge Frauen weiter zu sensibilisieren und auf Verbesserungen im Sinne der Handlungsempfehlungen hinzuwirken.
4. Die Verwaltung wird in den Berichterstattungen im Rahmen der Jugendberufshilfe und des Übergangs Schule / Beruf jeweils über die Entwicklung berichten.
5. Das Schwerpunktthema des 10. Berichts zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe wird in Absprache mit dem Fachbeirat für Mädchenarbeit festgelegt. Die Berichterstattung erfolgt im Jahr 2019.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**

**4. Bericht zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Jungenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5971/2014-2020

Herr Epp weist einleitend darauf hin, dass auch der Jungenbericht inzwischen mit dem Netzwerk der Mädchenarbeit vordiskutiert werde und es sich bei dem Mädchen- und dem Jungenbericht inzwischen um aufeinander abgestimmte Berichte handele.

Anschließend gibt Herr Helmke eine kurze Einführung zu dem Bericht.

Frau Obasohan bittet den Bericht auch im Integrationsrat vorzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 10**

**Einsatz überplanmäßigen Personals zur Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5958/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert den kurzfristig bestehenden Personalbedarf und verweist auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Beantwortung der Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE (s. TOP 3.4).

Herr Epp ergänzt, dass über den kurzfristig bestehenden Bedarf an überplanmäßigen Stellen hinaus 3,5 Vollzeitstellen für den Stellenplan 2019 angemeldet werden.

Auf Nachfrage von Frau Brinkmann bestätigt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass der in der Beschlussvorlage ausgewiesene finanzielle Gesamtaufwand 2018 für Personal in Höhe von 209.250 Euro mit dem Verwaltungsvorstand abgestimmt sei.

Die in der Beantwortung zur 2. Frage der o.a. Anfrage genannten 3,5 Stellen ab 2019 seien nicht Gegenstand dieser Beschlussvorlage. Darüber sei im Rahmen des Stellenplans 2019 im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 2019 zu entscheiden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, dass der Rat der Stadt Bielefeld folgenden Beschluss fasst:

Zur Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes werden dem Amt für Jugend und Familie - Jugendamt – überplanmäßig befristet für sechs Monate weitere 8,4 Vollzeitkräfte und daran anschließend 0,9

Vollzeitkräfte bis Ende 2018 zur Verfügung gestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Jugendbeteiligung / Work & Pleasure
- Bericht Zielerreichung 2017
- Zielplanung 2018
- Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2018/2019
- Trägerschaften 3 neue Kitas

-.-.-

Bielefeld, den 24.01.2018

---

Weißefeld  
(Vorsitzende)

---

Flachmann  
(Schriftführer)